

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

97 (26.4.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M.; in der Geschäftsstelle und bei unren Karlsruhern Abgaben abgeholt 18 M. monatlich. — Einzelhefte 1 M. Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 2.40 M., auswärts 2.80 M. Die Restamezeile 7.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Reaktion im badischen Landtage gegen die Maifeier

Landbündler, Stimmlose und Deutschnationalisten wollen den 1. Mai als Feiertag abschaffen — Eine reaktionäre Provokation der badischen Arbeiterschaft kurz vor dem Feste der Arbeit

Die Zerrissenheit des arbeitenden Volkes beginnt sich immer stärker auszuwirken. Nachdem in den letzten Landtagsitzungen vor den Osterferien sich die Feinde des Achtundtags bereits stärker aus dem Vordere hervorwagten, war der Anstoß der heutigen ersten Landtagsitzung nach Mitternacht ein scharf unruhiger Frontalangriff gegen den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag. Von Mitgliedern der liberalen Volkspartei, des Landbundes und der Deutschnationalen Fraktion wurde ein Antrag eingebracht, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag abzuschaffen, der, wie aus dem Bericht ersichtlich ist, in der Freitagssitzung des Landtags zur Behandlung kommt.

Damit ist die sich immer stärker fühlende Reaktion zu einem Vorstoß gegen eine Einrichtung fortgeschritten, die sich in Baden bereits als Selbstverständlichkeit eingelebt hatte. Denn die gesetzliche Feiertag des Achtundtags ist in Baden nicht etwa eine für dieses Jahr geplante Neueinrichtung, wie wenig informierte auswärtige Mütter annehmen, sondern die gesetzliche Feiertag des 1. Mai ist in Baden bereits durch Verordnung der badischen Regierung vom Januar 1919 verankert, also mit der gleichen gesetzlichen Grundlage wie der Feiertag von Christi Himmelfahrt oder Fronleichnam, Karfreitag oder Pfingsten, trotzdem auch ein Teil dieser Feiertage nur Minderheiten tangiert, denen sich aus pietät, sowie inneren und äußeren Gründen die Gesamtbevölkerung einordnet.

Wenn nun die ausgesprochene Reaktion einen Vorstoß gegen den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag unternimmt, so brüskiert sie damit das innere Empfinden großer Bevölkerungsmassen, deren Gefühl für Ruhe und Ordnung die Entwicklung unseres Landes entscheidend beeinflusst. Alle Volkstretter, die eine Spur sozialistischer Empfindens haben, müssen es deshalb sicherlich ablehnen, den Wegen des reaktionären Antrags zu folgen. Wir warnen die ungeräthlichen Vertreter dringend, sich in dieser Frage ins Schlepptau der Reaktion sans phrase nehmen zu lassen, selbst wenn sie gefühlsmäßig der Feiertag des 1. Mai gleichgültig oder sogar innerlich ablehnend gegenübersehen. Es handelt sich hier um eine jener Inzidenzen, die, wenn auch nicht primärer Art, ungewollte Auswirkungen haben können. Wir sind in Baden dank dem politischen Verständnis sowohl der Arbeiterschaft wie großer Bürgerkreise in verhältnismäßiger Ruhe über die Führer einer unruhigen Zeit hinweggekommen. Es würde eine unbegriffliche Einseitigkeit der ungeräthlichen Parteien bedeuten, wenn sie hieraus einen Freibrief für reaktionäre Zumutungen und Gelüste ableiten wollten.

Im Interesse des inneren Friedens und der ruhigen Fortentwicklung unserer Verhältnisse warnen wir deshalb rechtzeitig und in aller Nachdrücklichkeit.

Sitzungsbericht

gr. Karlsruhe, 25. April.

40. öffentliche Sitzung

Präsident Wittenmann eröffnet die Sitzung um 4 Uhr mit Begrüßungsworten und der Bitte um eifrige Arbeit, damit das große Publikum den Landtag nicht zu sehr in den Sommer hinein beschäfte.

Auf eine Anfrage bezüglich der Neuerung beim Kohlen-Industrievertrag wird mitgeteilt, daß die badische Regierung ihre Bedenken hiergegen geltend machte, daß diese auch vom Reich nicht schaden würden.

Als besonderer Punkt der Sitzung vom Mittwoch früh wird die Maßregelung von Eisenbahnern vom Eisenbahnerstreik behandelt.

Vom Arbeitsministerium ging ein Gesekentwurf über die Main-Donauwasserstraße ein.

Ein Vorstoß gegen den 1. Mai

Eingegangen ist ein Antrag einer Reihe von Abgeordneten der Liberalen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Landbundes auf

Abschaffung des 1. Mai als Feiertag

An den Antrag knüpft sich bei allgemeiner Narbe und lebhafter Aufregung im Hause eine Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Maier-Geibelberg (Soz.) beantragt Ueberweisung dieses Antrags an den Ausschuß; Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) ist damit einverstanden; Abg. Weber (Lib. Fr.) wünscht rechtzeitige Behandlung. Präsident Wittenmann erklärt, den Antrag auf die Sitzung vom Freitag zu legen.

Zur Ermöglichung der raschen Inangriffnahme einer Reihe Punkten erteilt das Haus vorweg beihilflos die Genehmigung zu einer Reihe Anfordernungen des Vorschlags.

Zusätze

Abg. Marum (Soz.) berichtet namens des Ausschusses über den Justizetat und beantragt dessen Annahme unter Hinweis auf die bereits mitgeteilten Ausschusseparabandlungen.

Abg. Schön (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über den Antrag Freidhof (M.D.P.) auf Erlassung einer politischen Amnestie. Vom Justizministerium wurde die unklare Fassung des Antrages bemängelt, da der Begriff des politischen Gefangenen darin nicht näher präzisiert wurde. Der Ausschuß beantragte mit 10 gegen 6 Stimmen Ablehnung des Antrages.

Nächste Sitzung Mittwoch früh 9 Uhr. Tagesordnung: Die Maßregelung von Eisenbahnern beim Eisenbahnerstreik.

auf eine Antwort nicht reflektieren. Die Antwort selbst ist äußerst geschickt. Sie befriedigt Frankreich, ohne Deutschland wehe zu tun. Man mag unerschrocken — wie das in der Note geschieht — deutsche Behauptungen nach Genua zurückweisen. Solange dadurch nicht deutsche Interessen gefährdet werden, wird die deutsche Regierung aus Liebe zum Frieden gern manche Rücksichtnahme über sich ergehen lassen. Wir haben keinen Anlaß, ein Einspruchsrecht zu verwehren, soweit der deutsch-russische Vertrag den bestehenden Verträgen zuwiderlaufen sollte. Trotz Aufgebots der besten juristischen Kreise im Ententelager hat es bisher noch niemand vermocht, ernsthafte Widersprüche zwischen dem Vertrag, den Deutschland mit Rußland abschloß, und dem Versailler Friedensabkommen festzustellen. Auch in Zukunft wird es jedenfalls niemandem geben, der diesbezügliche Behauptungen aufstellen kann, die der Prüfung durch ein neutrales Juristenkomitee standhalten können. Uebrigens ist der Vorbehalt des Einspruchsrechtes auf ausdrücklichen Wunsch Barthous und Poincaré in den englischen Text des Referententextes aufgenommen worden. Es schlug man zwei Plänen mit einer Klippe: hätte Barthous Stellung und gab den Pariser Schiedsrichtern Gelegenheit, sich der französischen Regierung bei der Aufdeckung der vermeintlichen Widersprüche zu helfen, von denen sie schon seit ein paar Tagen leben. Die Pariser Chauvinisten brauchte Deutschland in diesem Falle sicher nicht zu fürchten.

Nach Erlebigung dieses Konfliktstoffes muß man sich nach den Erfahrungen der letzten Tage hüten, in Bezug auf die Zukunft der Konferenz Schlüsse zu ziehen. Zwar hat Lloyd George in der gestrigen Sitzung der Großen und Kleinen Exakte ausdrückliche darauf hingewiesen, daß er keineswegs gewillt sei, die bestmögliche Aufdeckung aller Abhängigkeiten mitzumachen, und auch Barthous beteuerte — scheinbar betroffen — daß Frankreich mit dem besten Willen und im Geiste des Friedens nach Genua gekommen war, aber diese Worte vermögen die Geschehnisse der letzten Woche nicht zu verdecken. Noch ist die anfängliche Ruhe und Stetigkeit nicht wieder hergestellt.

Die Zurückhaltung, die sich deshalb für uns in Genua zeigt, ist auch für die Heimat angebracht, besonders in Bezug auf die Unterfertigung der Frage, ob der Vertragsabschluss notwendig war oder nicht. Die Gründe der deutschen Delegation waren zu stark und zu dringend gewesen, um selbst das Risiko auch unvollständiger Geschehnisse auf sich zu nehmen. Was würde geschehen sein, wenn in zwischen, trotz der neutralen Mächte, der Vertrag der Entente mit Rußland abgeschlossen wäre, und die deutschen Interessen nicht nur keine Berücksichtigung, sondern eine Schädigung erfahren hätten? Die deutsche Delegation in Genua hat bereits den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, W. Simon, mit dem notwendigen Material nach Berlin geschickt, um die dort zurückgebliebenen Mitglieder der Regierung und die führenden Parlamentarier über die Notwendigkeit des Vertragsabschlusses zu unterrichten. Wir glauben, daß nach dieser Unterrichtung auch in der Heimat der Schritt der deutschen Delegation als einseitige Maßnahme zur Wahrung der deutschen Interessen in der gegebenen Situation anerkannt wird. Solange keine amtliche Auffassung gegeben ist, sollte man wenigstens mit Angriffen auf die Delegation zurückhalten.

Man erwartet, daß die Arbeiten in den verschiedenen Unterkommisionen jetzt sehr bald zum Abschluß gebracht werden, jedoch die Kommissionen das Ergebnis dieser Arbeiten bereits bis zum Donnerstag ratifizieren können. Am Freitag soll Lloyd George einen Post einbringen, nach dem sich alle Konferenzteilnehmer verpflichten, Angriffe gegeneinander vorläufig einzustellen. In diesem Bestreben am letzten Donnerstag hat der englische Ministerpräsident diese Absicht bereits deutlich durchblicken lassen, in Genua einen solchen Post als wesentliches Ergebnis der Genuaer Konferenz bezeichnet. Es handelt sich eigentlich nur um die Wiederholung einer der wichtigsten Bestimmungen des Völkerbundstatutes. Deshalb gilt die Zustimmung sämtlicher Entente-Kräfte und auch der Neutralen als gesichert. Die einzige Neuerung, die allerdings entscheidend wäre, würde in der Ausdehnung der Bestimmungen auf Deutschland und Rußland liegen. Damit wäre der entscheidende Schritt für den Eintritt Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund vollzogen.

Wird die Konferenz in Genua noch aufblühen?

Kombinationen oder Wahrheit?

Aus London flattern diese Meldungen in die Welt hinaus, von denen zur Stunde nicht zu sagen ist, ob sie Kombinationen sind oder ob ihnen Tatsachen zugrunde liegen:

Lloyd George sagte in einer aus Genua an England gerichteten Botschaft, die Rede Poincaré sei eine sehr ernste Erklärung. Sie sei nicht dazu angetan, das Zusammenarbeiten der Alliierten zu bessern. Großbritannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde.

London, 25. April. Die Wäiter melden, daß aus Anlaß der Rede Poincaré die Möglichkeit, daß sich Frankreich von der Genuaer Konferenz zurückziehe, in Genua und London eifrig erörtert werde. Wenn dieser Fall eintreten sollte, würde Lloyd Georges nach London zurückkehren und das Parlament um Unterstützung ersuchen. Die Genuaer Konferenz würde dann vermutlich fortgesetzt werden. Es sei aber nicht wahrscheinlich, daß Lloyd George diese Frage durch Newshören entscheiden lassen wolle.

London, 25. April. Einer hier verbreiteten Meldung zufolge sollen die französischen Deputierten bestimmte Weisungen erhalten haben, auf den von Poincaré gestellten Bedingungen zu bestehen. Sie würden ein abschließendes Ultimatum für Rußland verlangen oder die Konferenz verlassen.

Es kriselt weiter in Genua

Politische Arbeit der Deutschen in Genua

(Sonderbericht des „Soz. Parlamentsdiensts“)

Genua, 24. April.

In der Wirtschaftskommission, die heute morgen zusammentrat, brachte die deutsche Delegation unter Führung des Reichswirtschaftsministers Schmidt zu dem Londoner Sachverständigenrat die Wirtschaftskommission II. Wirtschaftliches neue Vorschläge ein. Diese Vorschläge empfehlen die Einführung eines einheitlichen Zolltarifs für alle Staaten. Es soll dahin gestrebt werden, daß die Zolltarife nicht in längeren Zeiträumen festgelegt werden. Weiter wird gefordert die Verfestigung eines Wirtschaftsbündnisses für alle Länder in der Tarifbehandlung. Ein gleiches Forderung stellt die Delegation Rumänien. Ein russischer Vorschlag verlangt die Befestigung der Kampfzölle. Ferner wurde von der deutschen Delegation folgende Entschiedenheit eingebracht:

Die auf der Wirtschaftskonferenz in Genua versammelten Nationen sind sich darüber einig, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt nur unter Mitarbeit der Großen und kleineren aller Völker erfolgen kann. Ihre Mitarbeit ist heute gefährdet, weil ihre Lebenshaltung in vielen, besonders in den kleineren Nationen, außerordentlich herabgedrückt ist, vor allem aber, weil große Teile der Welt von lang andauernder Arbeitslosigkeit betroffen, andere von ihr bedroht sind.

Diese Notlage der Weltkrisis vermindert Produktion und Konsumkraft und vergrößert dadurch die Krise selbst. Wenn hier auch endlich die Wiederherstellung des finanziellen und wirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen den Völkern herbeiführen kann, so sollen doch in der Zwischenzeit die Nationen alle geeigneten Mittel anwenden, um den sozialen Lebensstand, die Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen.

In diesem Zweck empfiehlt die Konferenz allen Nationen: 1. Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß der Ge-

danke der wirtschaftlichen Auswertung aller vorhandenen Arbeitskräfte voranstellen.

a) Die vorhandene Arbeitslosigkeit ist im Wege einer rationalen Arbeitsvermittlung bis zum irgendmöglichen Maße auszumunnen. Beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt werden die Länder im Rahmen des Möglichen einander entgegenkommen.

b) Die öffentlichen Arbeiten sind, wo es möglich ist, für die Zwecke der Arbeitslosenfürsorge auszumunnen und den zeitlichen und örtlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen.

c) Die Mittel der Arbeitslosenfürsorge sind in wachsendem Maße für die Bereitstellung neuer wirtschaftlich wertvoller Arbeiten zu verwenden (produktive Arbeitslosenfürsorge) und dadurch Produktion und Konsumkraft zu steigern.

2. Durch Vermittlung des Internationalen Arbeitsamtes sollen die Erfahrungen, die in den einzelnen Ländern gemacht werden, ausgetauscht und nach Möglichkeit wechselseitig nutzbar gemacht werden. Bei dieser Gelegenheit sollen in internationaler Zusammenarbeit die tiefere Gründe der Arbeitslosigkeit erforscht werden und soll insbesondere den Rückwirkungen des Währungsproblems auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Die deutsche Delegation ist die einzige, die demartig weitgehende sozialpolitische Vorschläge in der Wirtschaftskommission eingebracht hat.

Nach dem Sprengungsversuch der Franzosen

(Sonderbericht des „Soz. Parlamentsdiensts“)

Genua, den 24. April, 5 1/2 Uhr morgens.

Der „Zwischenfall“ in Genua kann jetzt auch in seinem zweiten Stadium als beigelegt betrachtet werden, nachdem die Ententemächte in ihrer jüngsten Note selbst dieser Erwartung Ausdruck und der deutschen Delegation an verheßen gab, daß sie

Sozialisierung der Kurorte

Von Hans Goslar

Die deutschen Kurorte öffnen wieder ihre Pforten und die Wälder beginnen. Für hunderttausende, ja für viele Millionen Deutscher ist es — sei es infolge von alten organischen Erkrankungen, sei es als Folge der Erkrankungen aus der Kriegszeit — eine unbedingte Notwendigkeit, an den Heilquellen unserer Thermalbäder Heilung oder doch Linderung von ihren Schmerzen zu suchen.

Um so verhängnisvoller für die Volksgesundheit ist es, daß durch die wohnwichtige Teuerung und die lediglich unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten gehandhabte Preispolitik der Bäder und ihrer Hotels es in diesem Jahr nur noch einem verhältnismäßig geringen Prozentsatz wirklich Kurbedürftiger möglich sein wird, Bäder aufzusuchen. Mächtig der Noth sind die heilkräftigen Quellen die wichtigsten und wertvollsten Bodenschätze Deutschlands. Das Ziel jeder vernünftigen Volkswirtschaftspolitik unter großen Gesichtspunkten muß unbedingt sein, zu verhindern, daß auf die Dauer die überwiegende Masse der erholungsbedürftigen Volksteile durch die Unmöglichkeit des Mißgenusses dieser Bodenschätze schwer am eigenen Leibe und damit an der Gesundheit der kommenden Generationen geschädigt wird. Sie muß vielmehr dahin gehen, mit allen staatlichen Nachmitteln eine so großzügige Ausweitung aller Gebrauchsmöglichkeiten der Heilquellen zu erreichen, daß nach dem wirklichen Zweck, dem ganzen Volk zu dienen, nach Möglichkeit näher kommt.

Vor 1 1/2 Jahren habe ich an anderer Stelle ausführlich die Notwendigkeit einer Sozialisierung der Kurorte an Hand der folgenden 7 Programmpunkte angedeutet, die ich auch heute noch für notwendig und vor allem auch für realisierbar halte:

1. Verwirklichung aller natürlichen Heilquellen (gegen angemessene Entschädigung der Bundesstaaten und nach der auf Grund eines Reichsgesetzes sofort vorzunehmenden Auflösung der Pachtverträge privater Erwerbsgesellschaften) zur Ermöglichung der Durchführung einer einheitlichen Bäderpolitik, Hand in Hand mit den Institutionen der Reichsversicherungsanstalt.

2. Kommunalisierung oder Umwandlung in gemischt-wirtschaftliche Betriebe einer hinreichend großen Anzahl von Hotels-Unternehmungen an den Orten, die natürliche Heilquellen besitzen.

3. Begründung von gemeinnützigen Konsumvereinen zur möglichst billigen und reichlichen Versorgung der Inassen der kommunalisierten usw. Hotelunternehmungen und Gewährung spezieller staatlicher und Reichszuschüsse für Versorgungszwecke.

4. Maßnahmen zur Verlängerung der „Saisonen“ der Heilbäder mindestens auf die Zeit von Mitte April bis Mitte Oktober (Ausbau der vorhandenen Heizanlagen usw.).

5. Eine den Bedürfnissen des sozialen Hilfswesens sich anpassende Eisenbahnpolitik (Tarifiermäßigungen, Angleichung des Fahrplans an die laut 4. verlängerte Saison).

6. Rückwärtslose Anwendung des Enteignungsrechts im öffentlichen Interesse gegenüber allen Fällen von Bodenpekulation und Bodenwucher in Orten mit Heilbädern sowie Einsetzung besonderer schiedsrichterlicher Anstalten zur Behinderung von Lebensmitteln und Mietwucher.

7. Entsprechender Ausbau der Sozialversicherung. Ich gehe von dem Grundsatz aus, daß die Heilquellen und Kurorte in Allgemeinverwaltung übernommen werden müssen. Da aber auch dort, wo die Heilquellen schon im Staatsbesitz sind, es sich zeigt, daß die Kartellringe der Hotels die Preise bittieren und daß weniger Begüterte infolge der maßlos hochgeschraubten Unterkunftsbedingungen einfach schon dadurch vom Besuch der Heilquellen ausgeschlossen werden, so muß durch eine sehr starke Zahl von Außenleiter-Hotels Brechen in diesen Kartellring geschlossen werden. Dies ist nur dadurch möglich, daß man eine größere Anzahl von Hotels und Gasthäusern überall unter Heranziehung von Reich, Staat und Kommunen in gemischt-wirtschaftliche Betriebe umwandelt, die zu großen Einkaufsgesellschaften zusammengefaßt werden können und verpflichtet sind, den ihnen von der Sozialversicherung und überhaupt von Angestellten und Arbeiterverbänden auf Grund ärztlicher Zeugnisse zugewiesenen Kurgästen Unterkunft und Verpflegung zu einem Maße zu gewähren, der die Selbstkosten deckt.

Heute stehen wir nun außerdem noch vor der Frage, wie wir uns zu dem zu erwartenden starken Zustrom der Ausländer aus den valutarichten Ländern zu stellen haben. Ich meine,

daß wir gut daran tun werden, dem Besuch kurbedürftiger Ausländer keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, obwohl das Bedenkliche in der Frage der Unterbringungsbedingungen auf der Hand liegt. Wir dürfen aber diese Politik, unsere Bäder den Ausländern weit zu öffnen und ruhig in einen Konkurrenzkampf mit den französischen und englischen Bädern einzutreten, nur dann treiben, wenn auf der anderen Seite die Anwesenheit der valutarichten Fremden richtig, d. h. nicht nur privatwirtschaftlich von den Hoteliers, sondern volkswirtschaftlich von der Gesamtheit ausgenützt wird. Es ist unbedingt erforderlich, daß sich die maßgebenden Stellen sofort mit dieser Angelegenheit befassen und anordnen, daß bestimmte Ausschläge von den Hotels und Gasthäusern von allen Fremden zu erheben sind, daß sie aber nicht, wie bis jetzt, nur den Hotels und der Steuer zustehen dürfen, sondern darüber hinaus einem Fonds zuzuführen sind, aus dem Preisbitten und Preisbewehrung resp. Zuschüsse zur Bezahlung des Kuraufenthalts Minderbemittelten zu leisten sind. Ebenso müssen die Bäderverwaltungen Zuschüsse zur Kurlage und zu den eigentlichen Bädern erheben, die aber einem Ausgleichsfonds zugeführt werden müssen, der den völligen Erlaß der Kurtagte und die kostenlose Bäderverbreitung an Minderbemittelte ermöglicht.

Die Anregungen, die Genosse Goslar in dem vorstehenden Artikel gibt, haben speziell für uns im badischen Lande Interesse. Unser Land ist ungemein reich an Kurorten. Heute müssen die Arbeiter und jene große Zahl von Angestellten und Beamten zusehen, wie ein Heer von Valutarichtmarokern und Parasiten aus dem eigenen Lande unsere Kurorte bevölkert, dort schmelzend und prassend einen oftmals aufreizenden Luxus treiben. Die wirklich erwerbsfähige Bevölkerung röhrt sich das Jahr hindurch ab, oberst im Produktionsprozess die Kraft und die Gesundheit, unterdessen sich in den Kurorten eine Gesellschaft tummelt und amüsiert, von der wenige durch ihr Dasein und durch ihre Tätigkeit nützlich für die Allgemeinheit sind. Und außerdem: diese Valutarichtmarokern und „Kuragäste“ verteuern durch die Art, wie sie bei uns leben, der einheimischen Bevölkerung den Lebensunterhalt. Wir werden dies in der allernächsten Zeit im Lande besonders kras zu spüren bekommen. Der badische Landtag ist gegenwärtig wieder verammelt. Wir halten es für angedrängt, wenn er veranlaßt werden würde, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die in dem Artikel des Genossen Goslar ausgesprochen wurden.

Krise in der württembergischen Ordnungspolizei

Eine amtliche Mitteilung aus Stuttgart besagt: Das Dienstverhältnis mit dem Oberpolizeidirektor Hahn ist vom Minister des Innern mit Zustimmung des Staatspräsidenten am 31. März 1922 gelöst worden. Oberpolizeidirektor Hahn ist vom Dienst entbunden.

Unser Stuttgarter Parteiorgan bemerkt hierzu: Diese Mitteilung bedeutet eine Uebertragung für die breite Öffentlichkeit. Oberpolizeidirektor Hahn, der nach der Revolution die neue Polizeigarnitur geschaffen hat, sah sich zwar seiner Herkunft — ursprünglich Volksschullehrer, später Kunstmalerei — und Berufsweg nach nicht recht in die bürgerliche Schablone. Die Meinungen, die zwischen ihm und dem Innenminister Gehmann entstanden, ließen sich erkennen, daß er das Verhältnis seiner Stellung zur Staatsverwaltung zuweilen nicht ganz zutreffend aufnahm. Seit der Lebensnahme des Ministeriums des Innern durch Herrn Graf aber habe man den Eindruck, als ob der neue Minister mit dem Oberpolizeidirektor ganz vortrefflich harmoniere. Das scheint aus bis vor einigen Monaten der Fall gewesen zu sein. Seit dem Spätherbst 1921 aber scheinen Persönlichkeiten im Ministerium des Innern zu Einfluss gelangt zu sein, denen die Fähigkeit der Behandlung individualistischer Verhältnisse nicht gegeben ist. Daraus sind bedenkliche Wirren in der Polizeitruppe entstanden, die, wie wir hören, Gegenstand ausgiebiger Besprechungen im Staatsministerium gebildet haben. Mit diesen Wirren hängen auch die Gründe zusammen, die den Minister des Innern zur plötzlichen Entlassung des Oberpolizeidirektors in den für die Öffentlichkeit veranlaßt haben.

Wie dieser Entlassung kommt ein Konflikt zur Kenntnis der Öffentlichkeit, der nicht ganz leicht zu nehmen ist. Bei dem Charakter der beiden beteiligten Hauptpersonen ist anzunehmen, daß die Angelegenheit noch weitere Kreise ziehen wird. Die Öffentlichkeit wird nach den sichersten Gründen der Entlassung fragen und dann wird zu prüfen sein, ob der Entlassene

diese Gründe durchschlagend entkräften kann. Neben diesen Fragen aber wird die Nachfolgerschaft des Herrn Hahn und die ganze Organisation der staatlichen Ordnungspolizei noch zu Erörterungen Anlaß geben.

Ein belgischer Sozialist über den Wahnsinn der Sanations- und Reparationspolitik

Eine belgische Arbeiterdelegation hat kürzlich das besetzte Gebiet und das Ruhrgebiet zu Studienzwecken bereist. Es waren Absolventen der Arbeiterfortbildungsschule Brüssel unter Führung des belgischen Sozialisten Henry de Man. Im Gespräch in Köln hielt de Man in deutscher Sprache eine sehr bemerkenswerte Rede gegen den Friedensvertrag, diesen politischen und wirtschaftlichen Irrsinn, und gegen die Okkupation der Rheinlande. Wir geben aus seinem Aussprechen folgendes wieder:

„Es ist nicht der Eindruck der Freude über das Darniederliegen des besetzten Gebietes, die uns besetzt. Wer als Vertreter einer Entente macht nach Deutschland kommt, um sich zu freuen an dem Bild einer verelendeten, verflachten, gekümmerten Nation, könnte sich allerdings freuen. Wir fühlen uns nicht als Vertreter einer siegreichen Macht. Es gibt keine siegreichen Völker. Alle Völker sind durch den Krieg befreit worden.“

Von allen Kriegesfolgen sind die moralischen am schlimmsten. Es ist gefährlich für ein Volk, in einem Krieg zu siegen. Es muß deutsche Sozialisten nach der Revolution mandatum zur Verwirklichung gebracht haben, zu sehen, daß die Arbeiter Frankreichs, Belgiens und Englands nicht dazu übergehen konnten, einen Einfluß auf ihre Regierungen auszuüben, damit Deutschland ein gerechter Frieden gewährt werde. Die Macht und Ordnungspolitik, die die Politik des Krieges im Frieden fortsetzen wollte, hat eben Schicksal erlitten. Die Reparationspolitik vom Standpunkt der Entente aus, hat Bankrott gemacht. Statistisch ist nachgewiesen, daß nur ein Siebentel der Reparationsleistungen bereits für den Wiederaufbau verwendet worden sind. Wenn man dazu die Aufwandskosten der Entente länder nimmt, schließlich die Rechnung mit einem glatten Defizit.

Das belgische Volk, das zur Sicherung der belgischen Reparationen dienen soll, ist größer als die gesamte deutsche Reichswehr, und Frankreich hat das größte siehende Volk, das je in der Geschichte aufzuweisen ist. Wenn wir die belgischen Soldaten für die Tage ihrer Dienstzeit mit produktiver Wiederarbeit beschäftigen könnten, würde das gesamte belgische Gebiet wieder blühen und sich erholen. Die deutsche Arbeiterklasse verachtet hat, aber diese Leistungen müssen begrenzt werden auf den wirklichen Wiederaufbau, und das bedeutet die Streikung von mindestens zwei Drittel der deutschen Schuld. Mindestens zwei Drittel werden für die Bezahlung von Kriegskosten und Pensionen benutzt, die direkte Folgen des Krieges sind und für die jedes Land selbst aufkommen sollte. Ich bin überzeugt, daß die Motive zur Okkupation des linken Rheinufer sind der Leistung von Reparationsleistungen hinter wenig zu tun haben. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß der ganze Staat viel mehr Kosten verursacht hat, als an Reparationen jemals eingebracht werden kann und wird. Wir treten ein für sofortiges Ende der Okkupation, für die Beilegung der Ruhrfrage, die sich zusammenfassen in den Worten: Fortsetzung des Krieges im Frieden. Wir wollen einen wahren Frieden.“

Der Sozialist de Man, der also vernünftig ist, stammt aus einer alten belgischen Wälsfamilie. Er ist längere Zeit vor dem Krieg in Deutschland gelebt und studiert, u. a. auch in Leipzig, wofür er in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ein guter Bekannter war.

Die deutsche Marine und die Revolution 1918

In den konservativen „Grenzböten“ sind in einem Geiste Erlebnisse der Kriegsjahre enthalten, die von Mitgliedern beinahe aller deutschen Parteien stammen. Eine psychologische Erklärung dafür, warum zuerst die Marine zur Revolution gestritten ist, gibt Martin Timms, kaiserlicher Leutnant, S. 8. Er schreibt: „Wer weiß es, was es heißt, vier Jahre in enger Kameradschaft zu wohnen, vier Jahre mit dem Kopf an das Stahlgitter zu stoßen, vier Jahre rechts und links und vorn und hinten immer wieder diese dunklen Wände, die tauben aquatischen Spinde zu sehen? Leben sich immer und immer die gleichen Gefühle, den gleichen Zahl aus Pressen, der lange Jahre durch.“

Frisch-fröhlicher Krieg, — Nein! Wir mußten hinaus in die Nordsee spähenden, wungheschaute Augen Tage und Nächte.

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadgeschichte

Von Anna Croissant-Past

(Fortsetzung.)

„Wo ist er?“ fragte der Frihl, dem's nicht einfiel, seinerseits zu grüßen; die Frage, die er von alters her getan. Der Alte deutete, ohne viel Worte zu verlieren, mit dem Pfeifenstiel nach oben und schaute dann, wie es jeder Schuster von altem Gehalt zu machen pflegt, auf Frihls Stiefel und sogeleich mißbilligend wieder in die Höhe, denn was ein rechter Schuster ist, einer vom alten Schlah, verachtet Fabrikarbeit, und verachtete sie noch mehr zu damaliger Zeit. Das war fast so schlimm, wie wenn einer sein Hemd anhatte, denn der Frihltrog, abnungslos was dabei in einem schusterlichen Gemüt vorgehen konnte, seinen Grundgedanken gemäß ganz billige „Stuben“ maffeloser Fabrikarbeit. Der Richtung des schusterlichen Pfeifenstiels, nicht der des Blickes folgend, entdeckte der Frihl eine Türe, die früher nie dagewesen, und weil niemand Niemand machte, ihn besonders zu bewillkommen oder ihn in ein Gespräch zu verwickeln, und die zwei nur weiterklopfen, wie wenn er gestern erst in der Werkstätte gewesen wäre, der Jüngere sogar von der Höhe seiner schönen Männlichkeit herab, mit ausgeprägtem ironischem Gesicht, stieg der Frihl wie ein beleidigter Heiner Godel auf die Türe zu, und fand eine schneeweiße, noch ganz neue Stiege, die er hinaufstieg, bis er vor einer Tür droben Halt machte. Aus der Türe schallten nämlich die schwachen Töne einer Harzer, und einer sang mit einer dünnen jütigen Stimme. Der Frihl hielt an und lauschte, und sein Gesicht verjerte sich vor Kohn. So verriet er sich also die Zeit! Das genügte ihm? Das war die Vorbereitung für die Unversittat? Doch war's der Ueberraschung nicht. Beim Eintreten sah sich der Frihl in einem neuen blühenden Zimmer, ein einziges Bett darin dokumentierte den Marx als alleinigen Besitzer. Innerdort! Wann war in diesem Hause jemals irgendwo ein Bett gestanden? — Das Zimmer hatte zwei Fenster, und die Sonne schien herein, und die Blumen blühten davor; an der schlaggrünen Wand hingen ein paar Bilder, in einem völlig neuen Bücherregal standen Bücher, auf einem Tisch lagen wieder Bücher, und Papier und Feder daneben und mitten drinn, nein, dicht neben den Büchern sah der Marx in einer Art von Schaustuhl, hielt die Gitarre im Arm, ließ sich von dem

er große blaue Augen in die Ferne und tat von der Hergetottheit nichts, nichts, nichts!

„Bis ins Innerste getroffen und ergrimmt schrie ihn der Frihl an: „Du hast, scheint mir's, jetzt eine neue Profession, willst ein Tagelöhner werden?“

Von dem lauten und schrillen Ton dieser Stimme kam der Marx aus seinen Fernen zurück; erschrocken war, aber ganz und gar nicht so sehr, wie es der Frihl erwartet hatte. „Ganz und gar nicht“, sagte er leise; zaghaft und stolz zugleich, legte er seine Hand auf den Stoß Bücherecken und sagte: „Da schau, ich studiere, ich lese.“

Der Frihl lachte, ein böses Lachen war's, und seine kleinen Augen funkelten. „Wo steht du net auf?“ Das war sein alter Ton, und wie in alten Zeiten folgte der Marx, oder es war Würde in seinem Tun und er sagte: „Entschuldig, und seh du dich.“

„Was? Was war denn das für eine neue Mode! Wo hast du das gelernt?“ und er machte drei fürchterlich übertriebene Wüdlinge und schrie dazu: „Bei der Baronin Lohberg, bei Gnade der Baronin Lohberg, bei der Geliebten.“

„Sei still, Frihl, ich dulde nichts Gemeines da herinnen, sie kann tun, was sie mag, schrei nicht so; ich bill' dich!“

„Ich schrei, wie ich mag, und ich red von der Leber, ich, deine Dudmäureri hab ich jati. Was war denn das für eine Wirkhaft? Seid ihr alle fürchten worden? Wie empfängt man mich? Seid bin der Kammerdiener Frih Glode, verstanden! Ich hab ein feines Geschäft aus eigenen Kräften, ich hab eine Braut, die eingekümmerten achtzigjährigen Marx Frihl bekommt, und gleich kann ich sie haben, wenn ich sie will, brauch nur mit dem kleinen Finger zu winkeln. Und wie respektiert ihr das? Bist du ein Baron worden? Muß ich etwa Herr Baron zu die sagen wegen der lumpigen paar hundert Mark, die sie die wegen deinem Dasein noch zuletzt an den Kopf geworfen haben? Hast Angst, ich will was davon? Ich will dir, dir, aber als mein Freund sollst du dich benehmen! Wie geht denn das zu bei euch? Was ist denn das für eine Wirkhaft? Der Alte macht a Gesicht wie a Großmogul und der Junge wie a Türl, der die ganze Stadt als Dorem gepachtet hat — es ist gewiß jetzt eine Ehre, wenn man mit euch verkehren darf? Bewandt mit dem Hause Lohberg? — Muß man sich anmelden lassen, eh man in deine Gemächer eintritt? Was haben der Herr Baron geerbt? Was gedenken der Herr Baron zu tun? Wie weit sind der Herr Baron mit seinen Stuben?“

Doch ich nicht lach! Der kinkende Marx und studierte! Der Marx und die Unversittat! Die Unversittat! Herrgott, manchmal müßt' dich grad der Jörn umbringen! Er wurde kirchlich, nicht ganz wie die Mutter Glode, wenn sich ihr Axtialdorn von weitem ankündigte, und plötzlich brüllte er los: „Wie viel als du kriegt hat, will ich wissen, auf der Stell sagst mir's, Wenst, ohne Unschick! Ich steh dir für nigt. Es kommt sein, ich müßt dich halber umbringen da heroben in deiner Dodelstube!“

Und wirklich drang er förmlich auf den Marx ein, und packte ihn fest bei den Handgelenken und schüttelte ihn.

„Lautlos ließ sich der Marx schütteln und schaute nur halb traurig und halb furchsam mit seinen großen blauen Augen nach dem Wülden.“

„Brauchst mich nicht halb umzubringen“, sagte er leise, — es braucht nicht so weit zu kommen, es ist kein Geheimnis — er richtete sich stolz auf, „ich habe ganzigtaufend geerbt und ich studiere das, was mich freut, und hoffentlich wird noch was aus mir; aber jetzt laß los!“ sagte er ernsthaft und fest.

Unschicklich ließ der Frihl los: „Zwangsgelauden?“ stotterte er. „Ich kann's net hören, ist kann's net vertragen, mach keine schlechten Wit! Und du, du — studierst und ich?“

Und plötzlich löste sich die Spannung in ihm, alle aufgesperrte, achte Aufregung, aller Jörn überflutete sich förmlich, er kniete zusammen, es fing an ihn zu stoßen und er begann zu weinen. Ein verheißenes eigenjinniges Schlußwort war's, das den Marx hilflos und furchsam machte, er wußte nicht, was tun. Duldet er den Frihl links bei der Hand nehmen und ihn zerstreuen, ihm in seiner Verwirrung zusehen, aber der Frihl ihm zurück, sprang auf und brüllte: „Müß mich nicht an, du Tropf, du falscher, aus is mit uns!“ und rannte hinaus, ohne ihm einen Gruß gegeben zu haben. Auf der Treppe ließ er fast des Marx's Mutter um, er sah sie nicht und hätte sie überhaupt nicht mehr gekannt. In ihrer Angst, weil sie traktierende Stimmen hörte, war sie schon eine geraume Zeit draußen geblieben, die lauten Stimmen hatten sie aufgehört und erschreckt, sie bangte jetzt für ihren Marx. Jetzt war er ihr das liebste unter ihren Kindern, es war ja auch gewissermaßen in Erfüllung gegangen, was sie für ihn gehofft. So oft sie jetzt von ihm sprach, kam ein Wang in ihr Gesicht, das noch immer faltlos war, und das nicht könne Wäpfermädt nicht verleugnen.

(Fortsetzung folgt.)

Herzenüberbrennt, übermüdet und erschöpft lehrten wir heim von nutzloser Fahrt, o, wie drückte das beim hundertsten Male! Konnten wir nicht besser bei Muttern sitzen, bei Frauen und Kindern? Die wie wehenden Nebelschwaden und immer der riesende Regen und die Dämme und Weide und Wiesen so kühl und endlos, so furchtbar endlos und der Strandabschied voll löseln Geruchs und die Jade so träge und lehmig grau: einträglich das Bild unseres Lebens!

Mit unheimlich sicherem Instinkt konnten wir den Augenblick erkennen, wo ein Anstoß genügen würde, unsere Nerven reizen zu lassen. Ein wildes Aufbäumen des Leibes, ein Aufreißen des Weites, ein Aufspringen der Sinne, mühte es, mühte Befreiung bringen. Wir waren ja keine Menschen mehr, lebten in dämpfer Ohnmacht dahin, stieß am Körper und Geist. Auf jeden einzelnen Nerven drückten die tausende Zentner Stahl des Schiffs und leiser Kopfdruck legte sein dauerndes eisernes Band um die Stirn und erdrückte neue Gedanken und meuchelte Spannkraft.

Der leise werdende Ruf: Revolution! ließ unsere mühen Herzen reizen. Eine Tat! Erlebens Wort! eine Tat! Welche? — Gleich! — Nur eine Tat! Alle Instinkte brachten, alles Gute und alles Schöne, jahrelang verhaltene Kraft konnte sich zu dieser einen Tat! Revolution! Ein Aufschrei der Bewegung ging durch mich und viele meiner Kameraden!

Die englische Presse gegen Poincaré

Die angesehensten und einflussreichsten englischen Mütter denken sich in auffälliger Schärfe gegen die jüngsten anstößigen Reden Poincarés. Offen wird davon gesprochen, daß sich Frankreich durch das frivole Verhalten dieses Mannes isoliere, der eine Gefahr für ganz Europa darstelle. Nur die „Times“ stimmt Poincaré zu, wie sie ja seit Jahren gegen Deutschland heßt.

„Bestimmter Gazette“ nennt die Rede eine an Deutschland gerichtete Drohung. — „Daily Herald“ bespricht seinen Leitartikel über die Rede Poincarés und gibt den europäischen Staatsmännern den Rat, Poincaré zu ignorieren und ihren Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincaré seine Stellungstreue aus Genua zurückziehen wolle, so sollen sie um Dimeurs willen gehen. Sie seien dort nur eine Plage. Poincaré sei eine Gefahr, weil er ernt genommen werde. Sobald der Welt entbühlt sei, werde er aufstehen, Europa zu besetzen. — „Daily News“ schreiben, Poincaré redet wild von der Entschlossenheit, Maßnahmen wenn nötig allein zu treffen, um Deutschlands Rufe zu leeren. Das bedeute, daß er wisse, Großbritanien werde ins Ruhegebiet nicht einmarschieren. Es bedeute aber auch die moralische Isolierung Frankreichs, die für alle offenkundig sei. — „Daily Chronicle“ schreibt: die seltsame Aktion der französischen Delegation in Genua am letzten Samstag würde von den in Genua anwesenden Personen auf das Freizeiten Poincarés zurückgeführt. Dieser Eindruck werde jetzt durch die unglückliche Rede bestätigt. Die Poincarés gelten in Paris-Duo hielt. Die Drohungen mit den Zwangsmaßnahmen sei die letzte Drohung, daß Frankreich die Alliierten unterdrückt lassen und den Sölden allein schwingen werde, wie es ihm in Frankreich geschwungen hat. Die Alliierten Frankreichs könnten nur antworten, was sie damals sagten, nämlich das, daß, wenn Frankreich bei seinem Verfahren gegenüber Deutschland seinen eigenen Weg gehe, es die weitere Unterstützung Englands nicht erwarten könne.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Schaumburg-Lippe

Bei den Wahlen zum Schaumburg-Lippischen Landtage am Sonntag wurden im ganzen 21 301 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialdemokraten 12 349 und die Bürgerlichen 11 952 Stimmen. Die Einzelgewinne stellen sich wie folgt dar: Reichstagssozialdemokraten 10 783, Unabhängige 1566, Deutsche Volkspartei 3845, Deutschnationale 2506, Wirtschaftsbereinigungs-

Fezt

Solch kleines Meri, fünf Buchstaben ... und diese Unsumme von Leid und Qual und Bohm und Glück und Freude. Fezt es sich schon einmal gepackt, dies „Fezt“, daß du erschauerst und mit einem Male füllst und heßt ...

Fezt — geschieht irgendwo ein Wunder. Ein Kind wird geboren, eine Mutter weint vor Glück, nicht achtend aller Schmerzen und Sorgen ...

Fezt — schläft ein Vater, eine Mutter, eine Braut die Augen zum letzten und längsten Schlaf. Kinder stehen an einem Bett und hagen und sind erschrocken und wissen von nichts. Die Sorge legt ihren grauen Spinnennetz um einen Hals und graht und drückt ...

Fezt — lösen Menschen in weichen Kollertüchern um einen Tisch, sehen umher auf weichen Teppichen aus Woll und sind schon gelächelt ... und trinken Wein und laden und scherzen und eßen ... Söhnen, deren Namen du noch nicht einmal gehört hast. Eine Musik-kolle spielt ...

Fezt — sitzen Weber und Spinner mit schmerzenden Müden ... Arbeiter stehen mit nacktem Oberkörper vor großen Oefen und ihre Augen brennen von der roten Glut ... Vergleute kauern im Dunkel der Erde und schlagen die harte Kugel los. Seelute fahren im Sturm und Rot und reihen ihre Hände blutig an nassen Launen und söltschen die Augen und krampfen die Hände um kaltes Eisen ...

Fezt — lüht einer vor seinem Schreibtisch und raucht eine Zigare und sieht den blauen Ringen nach, streicht mit der Rechten, an der ein roter Stein blüht, durch seinen Bart und lächelt. Er denkt an die 40 % Dividende und die Gratissattien der Zuckerrüben ...

Fezt — liegt ein Arzt am Bett eines kranken Kindes und er schüttelt den Kopf und murmelt im Fortgehen etwas von Milch und Zucker und Butter ...

Fezt — eine Frau sieht ihm nach und sucht die letzten Groschen und ballt die Faust und lacht: Mutter?, Milch? und streicht ihr blaßes Kind und weint ...

Fezt — verkauft ein Mädchen ihre Anfschuld um einen schmutzigen Geldschein ...

Fezt — ein junger Mann sitzt auf seiner Dackstube und heßt und schreibt von Liebe und Treue, und seine Augen suchen ein Bild, das auf dem Tische steht ...

Fezt — weinen Kinder ...

Fezt — verarmte Frauen stehen vor schmutzigen Spinnweben ...

Fezt — ein Alter erhängt sich auf dem Bodenraum einer Mietkassene irgendwo in einer großen Stadt.

Fezt — hast du schon einmal daran gedacht, daß sich daraus das Leben, dein Leben aufsummiert???

B. W.

Ausweisung eines deutschnationalistischen Siegels

Der Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, Rudolf Heidler, ist, wie allbekannt, aus Preußen ausgewiesen worden. Die von amtlicher Seite mitgeteilte Nachricht über die Ausweisung Heidlers, der Leiter der „Alldeutschen“, weil er wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, ist in einer öffentlichen Versammlung in Stenbei vom Reichspräsidenten u. a. als einem „Kassenscheinverleumdung“ gebrandet. Diese förmliche Verleumdung des Reichspräsidenten stellt einen groben Mißbrauch des Geistes dar, jedoch die Regierung glaubt von ihrem Ausweisungsbefehl Gebrauch machen zu müssen.

Badische Politik

Der Haushaltsausgleich zu den Kultusforderungen
Am Dienstag vormittag setzte der Haushaltsausschuß, nachdem er die Bewilligung der seitens des Finanzministeriums borgegebenen Gelder für Bauten zwecks rascher Ausführung wie am Tage vorher für die anderen Ministerien ausgesprochen hatte, die Beratung des Haushaltsplanes für das Ministerium des Kultus und Unterrichts fort. Zur Erledigung stand die Position: Kultus. Darin sind die Ausgaben festgelegt für den römisch-katholischen, den evangelischen, den evangelischen und den israelitischen Kultus. Der Reichsausschuß, Gen. Abg. Strobel, stellte den Antrag, die Streitfrage, ob der Staat die rechtliche Verpflichtung habe, die angeforderten 5 238 200 M. den genannten religiösen Gemeinschaften zur Verfügung zu stellen, zur Zeit nicht aufzurollen. Das könne später geschehen, wenn die Auseinandersetzungen über das Verhältnis zwischen dem Staat und den Kirchengemeinschaften stattfinden. Alle Parteien traten dieser Auffassung bei; die Positionen wurden daraufhin mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien bewilligt; die Sozialdemokraten, ebenso die Unabhängigen enthielten sich der Stimme. Es wurde noch ausgesprochen, daß sich die Parteien durch ihre Abstimmung keinesfalls dafür oder dagegen entscheiden haben, ob sie die rechtliche Verpflichtung des Staates zur Einhellung der genannten Positionen in den Haushaltsplan des Ministeriums für Kultus und Unterricht anerkennen.

Die Sterblichkeit in Baden im Jahre 1920

Nach den Erhebungen des statistischen Landesamts betrug die Zahl der im Jahre 1920 Gestorbenen (ohne die Totgeborenen) 32 763, d. h. 14,6 Prozent der mittleren Bevölkerung. In die Mitte des vorigen Jahrhunderts belief sich diese Ziffer auf 27,9 im letzten Friedensjahre (1913) auf 15,2. Das Jahr 1920 hat also wohl die geringste überhaupt je in Baden festgestellte Sterblichkeit aufzuweisen. Von den Gestorbenen sind 75,0 Prozent in ärztlicher Behandlung gestorben bzw. hat ein Arzt die Todesursache festgestellt; 21,0 Prozent sind in Anstalten gestorben. Unter den Todesursachen steht die Altersschwäche an erster Stelle (11,1 Prozent aller Sterbefälle); an zweiter Stelle steht die Lungenschwindsucht (10,1 Prozent). Auch Lungenentzündung, Krebs, angeborene Lebensschwäche, Magen- und Darmkatarrh (Sänglinge) und Gehirnschlag (ältere Leute) spielen eine große Rolle. Von den übertragbaren Krankheiten erforderte die Influenza 1233 Opfer.

Besonderes Interesse beansprucht die Säuglingssterblichkeit. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts kamen auf 100 Lebende geborene 25,5 im ersten Lebensjahre Gestorbene; diese Verhältniszahl sank bis zum Jahr 1913 auf 13,8; im Jahre 1920 betrug sie 11,8. Damit hat im Jahre 1920 die Säuglingssterblichkeit in Baden einen außerordentlichen Tiefstand erreicht. Auch im Vergleichsjahr war die Zahl der im Säuglingsalter gestorbenen Kinder größer als die der Mädchen; in den Anobem betrug das Verhältnis 12,7, bei den Mädchen nur 10,0. Die Sterblichkeit der unehelichen Kinder erwies sich größer als die der ehelichen; diese belief sich auf 10,9 Prozent der im ersten Lebensjahre Gestorbenen, jene dagegen auf 19,0 Prozent.

Die badischen Heil- und Pflegeanstalten in der Kriegs- und Nachkriegszeit

Die weit verbreitete Ansicht, der Weltkrieg 1914/18 habe eine Ueberfüllung der Irrenanstalten zur Folge gehabt, trifft nach den vom statistischen Landesamt gemachten Ermittlungen nur für das erste Kriegsjahr zu. In der Zeit von August 1914 bis September 1915 ist die Zahl der in den badischen Heil- und Pflegeanstalten sowie in den psychiatrischen Kliniken in Heidelberg und Freiburg untergebrachten Geisteskranken von 4406 auf 4566 gestiegen. Von da ab ist die Zahl der Kranken ständig bis über das Kriegsende hinaus gesunken, besonders stark in den kalten Monaten des Frühjahrs 1917. Am 31. Dezember 1919 waren in den badischen Anstalten für Geisteskrante nur noch 3158 Kranke, also 1248 weniger als bei Kriegsausbruch untergebracht. Diese auffallende Entleerung der Anstalten, die auch bei den Kreispflegeanstalten des Landes zu beobachten war, erklärt sich einmal aus der ständig abnehmenden Zahl der Aufnahmen in die Anstalten, und dann aus der Zunahme der Sterblichkeit in denselben. Im Jahre 1917 sind nicht weniger als 1067 Anstaltsinsassen — ein Mehrfaches der Todesfälle in den Vorjahren — gestorben. Mit Anfang des Jahres 1920 ändert sich das Bild; die Sterblichkeitsziffer sinkt seitdem fast von Monat zu Monat, während die Zahl der Aufnahmen in die Anstalten zunimmt. Während die Zahl der Aufnahmen in die Anstalten zum Heil- und Pflegeanstalten, besonders beim weiblichen Geschlecht, in nächster Zeit noch weiter ansteigt, vielleich sogar sich verstärken wird.

Dem badischen Landtag sind eine Reihe Gesetze vorgegangen. Neben mehreren Beamtenpetitionen befindet sich darunter ein Gesetz der Ignaten der Freiherren von und zu Wodmannschen Familie zur Aufhebung des Sonderrechts der Stammgüter bezüglich Regelung der Abkömmlingsverhältnisse. Der Verein badischer Bürgermeister petitioniert betr. Zusammenfassung der Schlachtensausweise für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte. Vom Gemeinderat Schriesheim liegt ein Gesetz betr. einer Verkehrsverbindung zwischen Mannheim und Schriesheim vor.

Volkswirtschaft

Einheitszölle zur Unterstützung des Ziehlingsweizens
Der Ziehlings- und Wohnungsausschuß des Reichswirtschaftsrats schloß am 22. April eine Entschließung, in der erklärt wird, daß die Einheitszölle des Landesbarzeins für den Quadratmeter Grundfläche nicht mehr ausreichend sind und daß diese Sätze auf mindestens das Fünftache als unterste Grenze für die Höchstzölle unverzüglich festzulegen sind. In einer anderen Entschließung wird die Reichsregierung erücht, erhöhte Mittel für Arbeiterberufshilfe zur Verwirklichung neuer Beamtenwohnungen zur Verfügung zu stellen. Auf die Länder soll die Reichsregierung in gleichem Sinne einwirken. Es wurde ein Arbeitsausschuß zur Untersuchung der Bauhofpreise eingeteilt,

der seine Untersuchung zunächst auf Ziegel, Kalk, Mörtel und Glas erstrecken soll.

Aus der Partei

Agitationbezirk Karlsruhe
Bildungs-Vorträge
Wülfshaus: 29. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Laud“. Thema: „Die neue Gemeindeordnung“. Ref.: Gen. Landtagsabg. Kurz-Gödingen.
Görden: 6. Mai, abends 8 Uhr, im „Anter“. Thema: „Die neue Gemeindeordnung“. Ref.: Genossin Landtagsabg. Fischer-Karlsruhe.
Dürren: 7. Mai, nachm. 3 Uhr, im „Schloßgarten“. Thema: „Stenerfragen“. Ref.: Gen. Seiler-Karlsruhe.
Karlsruhe: 7. Mai, nachm. 3 Uhr, in der „Krone“. Thema: „Stenerfragen“. Ref.: Gen. Stab. Wöhrlinger-Karlsruhe.
Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Neuregelung der Parteibeiträge

Die Debatte, die im „Vollfreund“ über die Neuregelung der Parteibeiträge geführt wird, findet auch in württembergischen Genossentreffen Beachtung. Die „Schwäbische Tagwacht“ hatte den Vorschlag des Genossen Trinks ebenfalls veröffentlicht. In der Montagausgabe unseres Stuttgarter Parteiorgans lesen wir folgendes:
„Die in Nr. 90 neu aufgeworfene Frage der Beitragserhöhung und der in diesem Zusammenhang erwähnte Vorschlag des Genossen Trinks (Karlsruhe) über die Einführung der gestaffelten Beiträge hat uns inzwischen mehrere mündliche Zustimmungserklärungen eingebracht. Das heißt, die betreffenden Genossen sind grundsätzlich mit einer Beitragserhöhung einverstanden und stehen einer Anpassung der Beitragssätze an die Einkommensverhältnisse sympathisch gegenüber. Bedenken wurden erhoben gegen den in dem badischen Vorschlag enthaltenen Abführungsmodus: 50 Proz. dem Parteivorstand, 30 Proz. dem Landesvorstand, 20 Proz. dem Ortsverein (sicherlicher Modus Parteivorstand 25, Landesvorstand 25, Ortsverein 50 Proz.). Diese Bedenken erscheinen verächtlich; ihnen könnte ja wohl ohne weiteres Rechnung getragen werden. Der etwaige Einwurf der Komplikation des Berechnungsgeschäfts mit den Ortsvereins- und Unterabteilungen durch die notwendig werdende Einführung von vierfachen Markensorten wäre weniger ernst zu nehmen. Man braucht keineswegs an einen Markenumbruch zu denken. Nach entsprechendem Stempelaufdruck lassen sich die jetzigen Markenbestände ruhig weiterverwenden. Viel wichtiger ist es, der Erkenntnis von der zwingenden Notwendigkeit einer Beitragserhöhung die erforderliche Mühen zu verschaffen. Und da ist die Feststellung von Nutzen, daß auch bei den übrigen Arbeiterparteien die Beitragsfrage zurzeit akut ist.“
Zum Schluß: Parteigenossen und Genossen in Land und Stadt! Nehmt in der nächsten Mitgliederversammlung, Ausschußsitzung, Bezirks- oder Kreisversammlung ernstlich Stellung zur Frage der Beitragserhöhung. Erwägt vor allem die Einführung bzw. Möglichkeit der Staffelleistungen und teilt eurer Presse recht bald die gefaßten (zustimmenden) Beschlüsse mit oder beauftragt das Bezirks- resp. Landessekretariat mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage.

Weinarten, 26. April. Karl Anoll f. Dienstag abend verstarb nach langem Leiden unser Parteigenosse Karl Anoll im Alter von 40 Jahren. Der Verstarbene war ein langjähriges Mitglied unserer Partei, er gehörte auch dem Bürgerausschuß an und beschäftigte sich immer eifrig an der Parteiarbeit. Die Partei wird sein Andenken immer in Ehren halten. Die Beerdigung findet Donnerstag abend 7 1/2 Uhr statt. Die Genossen werden um zahlreiche Teilnahme ersucht.

Jugend und Sport

Arbeiter-Turn- und Sportbund
Der Kampf um die süddeutsche Meisterschaft im Geräteturnen
Aus dem 7. Kreis (Wagern), 8. Kreis (Württemberg), 9. Kreis (Hessen, Odenwald) und 10. Kreis (Baden, Pfalz) traten am Sonntag im Hippodrom in Frankfurt a. M. 26 der besten Turner zum Kampf um die Süddeutsche Meisterschaft in Geräteturnen an. Die „Frankfurter Volkszt.“ berichtet darüber u. a.: Die Leistungen waren in turnerischer Beziehung außerordentlich hochwertig. Leistungen, die als künstlerisch gelten können und von dem Vertreter der Regierung als fastbahar bezeichnend wurden. Bei den Einzelübungen an den Geräten und auch bei den Gruppenübungen trat das Bestreben aller Turner und Turnerinnen hervor, in sportlicher Beziehung das möglichst Beste zu leisten.
Bei den Geräteübungen wurden folgende Punktwertungen (wir lassen hiermit die ersten 6 folgen) erzielt: Franz Drabold (Lampertheim) 156%, Heinz Maier (Kelllingen a. d. Fulda) 156%, Leopold Mälinger (Mittelheim) 154%, Heinrich Fries (Durlach) 154, Antoy Germann (Ludwigs-hafen) 153%, Wih. Enderle (Weingarten) 153.
Die Gesamterfolge der einzelnen Kreise sind als sehr gut zu bezeichnen. Den ersten Rang erzielte der 10. Kreis (Baden-Pfalz), an zweiter Stelle folgte der 8. Kreis Württemberg, an dritter Stelle der 7. Kreis Wagnern und den Schluß bildet der 9. Kreis Hessen. Die Meisterschaft am Reck errang Karl Maier, Kelllingen (10. Kreis) mit 55 Punkten, am Barren Max Lang, Würzburg, mit 53% Punkten, am Pferd Franz Drabold, Lampertheim (10. Kreis) mit 51% Punkten. Zu erreichen waren 60 Punkte.
Spielleiterkonferenz der Gruppe C Karlsruhe. Allen Vereinskommisäten zur Kenntnisnahme, daß die auf Sonntag, den 30. April festgesetzte Spielleiterkonferenz der Gruppe C Karlsruhe, auf Sonntag den 7. Mai, vormittags 8 Uhr, verlegt werden muß, weil am Sonntag, den 30. April, der vom Bezirk festgelegte Spiel- und Sportplatz in der Zentralkuhnhalle stattfindet.

Gemeindepolitik

7. Blaustenloch, 24. April. Am Sonntag fand im Rathaus eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Abg. Kurz-Gödingen in ausführlicher Weise über „Die neue Gemeindeordnung“ sprach. Mit großem Beifall dankten die zahlreich erschienenen dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion behandelte Genosse Seitz die Abgeltung des Gahholzes; er machte den Vorschlag, das Gahholz von 12 auf 10 Ster herabzusetzen. Das dadurch frei werdende Holz — 608 Ster — so zu verteilen, daß eine große Zahl junger Bürger in den Genuss des Gahholzes kommen würde. Würden 2. B. die 608 Ster in Lose zu je 4 Ster eingeteilt, dann würden 153 junge Bürger in den Genuss kommen. Den älteren Bürgern würden ihre 10 Ster auf lange Jahre erhalten bleiben. Zu dieser Frage wird diese Woche noch eine Bürgerversammlung Stellung nehmen.

Wieviele neue Wohnungen gibt es in Deutschland? Neue Wohnungen sind im Jahre 1921 in 35 Großstädten insgesamt 21 278 errichtet worden. Sie verteilen sich auf 7092 neue Wohngebäude. Im Durchschnitt kommen also ungefähr drei Wohnungen auf das Gebäude, offenbar bedingt durch den großen Anteil der Villen und kleinen Häuser an den Neubauten. Gegen das Jahr 1919 liegt die Zahl der neuen Wohnungen um 150 Prozent, die der Gebäude um 103 Prozent. Die meisten Wohnungen sind in Köln hergestellt worden. Es folgt Hamburg mit 2187, Essen mit 1404, Bremen mit 1205, Dortmund 1155, Breslau 950, Dresden 944, Frankfurt a. M. 804, München 745, Nürnberg 690, Leipzig 654, Düsseldorf 615, Duisburg 599, Weimar 518, Gelsenkirchen 469, Bochum 445, Kassel 410, Karlsruhe 390, Königsberg 356, Berlin 377, Elberfeld 371, Stuttgart 362, Augsburg 341, Hannover 335, Kiel 272, Halle 202, Schöneberg 198, Krefeld 196, Magdeburg 195, Mannheim 191, Chemnitz 188, Altona 152, Wormen 93.

Der 1. Mai und die Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Die Berliner Stadtverordneten-Fraktion ist letzten Donnerstag wieder einmal aufgelöst. Die drei sozialistischen Fraktionen setzten es gegen die bürgerlichen Stimmen durch, daß der Antrag, der die Arbeitsebene am 1. Mai in den städtischen Betrieben fördert, in der Sitzung behandelt wurde. Gätten die Unabhängigen nicht durch ihren Stadtverordneten Ulrich eine ihrer bekannten Reden, und Schumpffingeren veranlaßt, dann wäre vielleicht der sozialistische Antrag zur Annahme gelangt.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 26. April

26. März. 1521 Magelhaens, Entdecker Australiens, auf den Philippinen ermordet. — 1787 *Der Dichter Ludwig Uhland in Tübingen. — 1910 *Der norwegische Dichter Bjørnstjerne Bjørnson in Paris.

Karlsruher Parteianrichten

Genau und der Wiederaufbau Europas

Ueber dieses Thema spricht in der heute abend 8 Uhr im „Gesanten“ stattfindenden Parteiverammlung Gen. Redakteur Dr. E. Krauß-Geidelberg. In Anbetracht des interessanten Themas darf ein zahlreicher Besuch erwartet werden.

Sozialdemokratischer Verein. Heute abend 6 Uhr Fortkand-Sitzung im „Ring Karl“, Ecke Fiefel und Kammstraße. Infolge anderweitiger Wichtigkeit ist das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder erforderlich.

Arbeiter-Jugend, Ortsgruppe Daglanden. Donnerstag, abend 8 Uhr Zusammenkunft im „Karlsruher Hof“ mit Vortrag des Stadtverordneten Bühlner. Wir bitten die Jugendgenossen, vollzählig zu erscheinen.

Wie die Raucher in Holland zu einer freien Reise nach Deutschland gelangen können

Unser Valutaesend zeitigt immer tollere Tatsachen. Gerade wir im badiischen Lande leiden unter der — ach — so tief gesunkenen Valuta, da Baden von Valutareisenden aus beinahe allen valutareichen Ländern förmlich überflutet wird. In den zahlreichen badiischen Kurorten sind nicht nur die Zimmer in den Hotels und Gasthäusern heute schon auf viele Monate hinaus belegt, sondern auch unzählige Zimmer in Privatquartieren. Die Ausländer zahlen ungeheure Zimmerpreise und unsere Hoteliers sehen beim heutigen Stand der Dinge die eigenen Volksgenossen lange nicht so gern bei sich, als die Ausländer, denen man die gelagerten Rechnungen aufzeigen kann. Durch die Inflation der Valutareisenden werden bei uns die Preise für Lebensmittel und Getränke ganz enorm in die Höhe getrieben — die Ausländer haben es dank ihrer hohen Valuta dazu und unsere Hoteliers werden riesige Profite einheimen.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Volkschau Spiel Detigheim

Von Jahr zu Jahr hat sich der Erfolg der Detigheimer Volkschauspiele derart gesteigert, daß Detigheim zu den bedeutendsten Volkstheaterorten Deutschlands zählen dürfte. Es darf drum nicht wunder nehmen, daß mit dem kommenden Frühjahr sich wiederum ein ungemein lebhaftes Interesse für das diesjährige Spiel bemerkbar macht. Unfehlbar verdient Detigheim seinen glänzenden Erfolg dem prächtigen Taktspiel, das für die Freilichtbühne und für die heutigen Zeitverhältnisse wie geschaffen schien. Der Stimmen sind daher nicht wenige, die zu einer dauernden Weiterführung der Taktspiele raten. Auch vom finanziellen Standpunkt aus wäre die Fortführung des Schillerischen Takt nur zu begrüßen. Der Zweck, dem die Detigheimer Spiele dienen sollen, würde damit nicht erreicht; vielmehr müßte die dauernde Weiterführung des Taktspiels nach kurzer Zeit zu einer völligen Verfallung führen, die weder Spieler noch Zuschauer befriedigen könnte. Soll aber das Detigheimer Volksspiel lebensfähig bleiben, so muß mindestens alle zwei Jahre Abwechslung geboten werden.

Es war keine leichte Aufgabe, anstelle des Teils ein neues Jugendspiel zu finden. Wohl lag schon seit einigen Jahren das biblische Drama „Josef und seine Brüder“ vor, das der bekannte Dramaturg Sebastian Meyer in Anlehnung an das englische Drama „A. Carters Josef und his brethren“ eigens für die Naturbühne Detigheim bearbeitet hatte, und wofür Detigheim das alleinige Aufführungsrecht besitzt. Aus finanziellen Gründen mußte dieses Wieserische Drama nach Ende des Krieges zunächst zurückgestellt werden. In diesem Sommer wird nun der Wieserische Josef seine Erstaufführung in Detigheim erleben. Daß die Einführung des neuen Stückes gewaltige Opfer erfordert, darf in heutiger Zeit nicht wunder nehmen. Schon in der Bühne wird unter Mitwirkung hervorragender Künstler ein Kunstwerk erstellt, das an und für sich schon wertvoll ist. Besonders Kunstgenuss werden auch Spiel und Gesänge bieten. Ein Sängerkorps von 500 Mitgliedern übt schon seit Monaten unter künstlerischer Leitung neben wirkungsvollen Neulocompositionen schwierige Kompositionen aus Glas und Paulus von Mendelssohn ein. Den Höhepunkt der hervorragenden gesanglichen Leistungen wird der 11stimmige Chorkorps von Trübsch bilden. Wichtige Volks- und Massenspiele, die der Spielleiter in Detigheim meisterhaft zu gestalten versteht, beleben die dreitägige Handlung. Auf weitere Einzelheiten über Bühne, Spiel und Gesänge werden wir vor Beginn des Stückes zurückkommen. Alles in allem wird in diesem Sommer in Detigheim etwas geboten werden, das sich in seiner Eigenart dem diesjährigen Gastspiel in Oberammergau würdig an die Seite stellen kann.

Wir möchten heute schon Vereine und Interessenten auf diesen besonderen Kunstgenuss aufmerksam machen, der mit verhältnismäßig geringen Kosten erreichbar ist. Das Spiel wird voraussichtlich am Sonntag nach Pfingsten (11. Juni) seinen Anfang nehmen.

Bekanntlich besuchen die Holländer in sehr großer Zahl auch Baden. Sie werden in den nächsten Monaten noch weit zahlreicher bei uns sich einfänden. In Holland kann man sich eine freie Reise nach Deutschland errauschen, wie durch folgende Tatsache bewiesen wird:

Ein Parteifreund von uns, der zurzeit geschäftlich in Amsterdam weil, sendet uns eines der großen Plakate, wie sie in Amsterdam (ebenfalls auch in anderen holländischen Städten) in den Zigarrengeschäften aushängen. Die Plakate haben diesen Wortlaut:

GRATIS VACANTIE-REIS NAAR DUITSCHLAND

Bij aankoop van 75 cent Sigaren of Sigareten, ont'ngt men 5 Duitse Marken CADEAU

In deutscher Uebersetzung:
Freie Ferienreise nach Deutschland!
Wer für 75 Cent Zigarren oder Zigaretten kauft, erhält als Geschenk 5 deutsche Mark.

Einzelne Plakate vorbeisenden dem Holländer, der 75 Cent für Zigarren anlegt, sogar ein Geschenk von 10 deutschen Mark. Für 75 Cent kann man heute, wo in Holland die Preise ebenfalls stark gestiegen sind, nicht viel Zigaretten kaufen, trotzdem kann ein Käufer noch 5—10 deutsche Mark als Geschenk dazu bekommen. Der holländische Gulden = 100 Cent entspricht vor dem Kriege 1,70 Mark deutscher Währung und notiert heute rund 97 Mark. Wie man früher bei uns beim Einkauf von einem Duzend Weiden oder Cervelatwürsten das 13. Stück gratis als Zugabe erhielt, so erhält man heute in Holland beim Einkauf von ein paar Zigarren ein kleines Bündel deutscher Markscheine. Herrliche Zustände in Europa!

Die „Wätere der Nation“

In der Zeit vom Anfang Februar bis Ende März ds. Js. wurden durch die hiesigen Gerichte 35 Personen wegen Veruntreuung, unerlaubten Handels und Ausfuhr sowie wegen Vergehens gegen die Vorschriften über die Fische, Milch, Brot- und Kartoffelversorgung mit Geld von 100 M bis 7000 M und 10 Tagen bis 6 Wochen Gefängnis rechtskräftig bestraft.

1. Eltern-Abend der Jugendabteilung des Zentralverbandes Am Samstag den 22. April hielt die Jugendabteilung d. Z. V. in der Rest. Bieler einen Elternabend, dessen Programm einen künstlerischen Rahmen umwies. Der starke Besuch bewies, daß die Jugendabteilung eine gute Blüte des Verbandes ist. Die Hauskapelle leitete das reichhaltige Programm mit einem flott gespielten Marsch ein. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung gab dieselbe auch einige Musikstücke zum besten, welche lebendigen Beifall fanden. Jugendkollegen E. A. Räderer trug sodann einen schönen der Jugend gemachten Prolog vor. Auch während des Programms gab sie, wie auch Jugendkollege Friedlin einige ernste und feierliche Redegänge, welche mit großem Beifall aufgenommen wurden. Als unser Gefangenschaftler Hans Jugendkollege Weckel genannt werden, indem er einige Weider (Variation) vortrug; auch er fand jenseits reichlichen Beifall. Ebenfalls entfaltete sich bei E. Räderer durch Vortrag seiner Liebes (Sohnen) ihre Kunst, welche großen Beifall hervorrief. Eine humoristische Duo-Szene, vorgeführt von den Jugendkolleginnen B. L. und G. R. fand ebenfalls reichlichen Beifall. Jugendkollege Schmidt trat als Violinist auf und wurde auch ihm reichlicher Beifall gesendet. Es wurde zu weit führen über jede Programmnummer zu berichten. Alles in allem muß der Jugendabteilung alle Anerkennung gezollt werden. Jugendkollege Rothweiler begrüßte die Erschienenen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Ansprache des Gefangenschaftlers Kol. Räderer. Mit trefflichen Worten hob er auf die gegenwärtige außenpolitische bedeutungsvolle Lage ab. Insbesondere erwähnte er die Jugendlichen, sich nicht nur gesellschaftlich und kameradschaftlich zu betätigen, sondern auch geistig und körperlich und insbesondere durch fleißiges Lernen die Zukunftsaufgaben zu lösen, so daß auch sie als vollwertige Menschen in der Welt des Lebens ihr Forum finden können. Auch der Verband hat sich die große Aufgabe gestellt, der Jugend genügend Schulung zu gewähren. Aber nicht nur Pflichten hat der Verband, sondern auch Rechte und diese Rechte konsequent durchzusetzen, von der Jugend zu verlangen, daß diese auftritt wird. Alle familienmässigen Beziehungen müssen dem B. V. zugeführt werden. Mit einem Appell an alle Anwesenden schloß der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache. Wegen der Worte auf ruhigen Boden gefallen sein. Zum Schluß noch allen Mitwirkenden herzlichen Dank für das Gelingen. Möge es so weiter gehen, denn: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Die Vereinsbank, eingetragene Genossenschaft m. b. H. Karlsruhe, veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1921. Der Vorstand teilt darin mit, daß infolge der Wertminderung und des daraus entstandenen erhöhten Kreditbedarfs eine erhebliche Vermehrung der Umsätze eingetreten sei. Der Gesamtumsatz stieg von 205 Millionen im Jahr 1920 auf 380 Millionen im Jahr 1921, die Geschäftsgüter von 344 auf 354 Millionen Mark, die Zahl der Mitglieder von 3205 auf 3321. Die Genossenschaft hat den Rest der verfallenen Schuldschreibungen (Kriegsschulden) abgetan, so daß nun wieder aus den Effekten ein Kursgewinn, und zwar in Höhe von 179 695 M erzielt werden konnte. Zum Reserve- und Spezialreserverfonds können reichliche Ansetzungen erfolgen und ferner gegen früher erhöhte Anforderungen für mögliche und gemeinnützige Zwecke bereitgestellt werden. Für die am 27. April im „Gesanten“ stattfindende Generalversammlung wird beantragt, aus dem Reingewinn von 721 861,60 M (im Vorjahr 356 689,56) eine Dividende von 7 Proz. (gegen 6 Proz. 1920) zu verteilen.

(2) Protestdemonstration. Die ungeheure Notlage der Sozialrentner veranlaßte dieselben, am Sonntag, 23. April, abends 11 Uhr auf dem Marktplatz mit dem Internationalen Bund der Kriegesbeschädigten eine gemeinschaftliche Protestversammlung abzuhalten. Trotz ungünstiger Witterung hatte sich eine schöne Zahl der Beteiligten eingefunden. Die beiden Referenten, Gauleiter Westel vom Internationalen Bund der Kriegesbeschädigten, sowie der Vorsitzende Himmelsbacher vom Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Karlsruhe verstanden es, den Verammelten die traurige Notlage der Sozialrentner vor Augen zu führen. Sache der Regierungen und der Arbeiterschaft müsse es sein, den Inva-

liden zu helfen. Es sei aber auch die dringlichste Pflicht der Sozialrentner, sich ihrer Organisation anzuschließen.

(3) Daglanden. Vor einigen Tagen veranstaltete die Land-, Ein- und Verkaufsgenossenschaft Daglanden im Anschluß an ihre Generalversammlung einen Vortrag über Steuern, in einem aus dem dringenden Bedürfnis nachzukommen. In einem ausführlichen Bericht über die Wirkung, besonders der Umsatzsteuer, der Einkommensteuer und der Grund- und Gewerbesteuer speziell auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse sprach Herr Verbandsbeamter Baum vom Verband landw. Genossenschaften Karlsruhe. Die Anwesenden folgten den Ausführungen mit Interesse, wie sich aus der nach dem Vortrage stattgefundenen Diskussion ergab.

(4) Jubiläum. Fünfundzwanzig Jahre ist in diesen Tagen der Kammermusiker Herr Karl Schleich im hiesigen Landestheater tätig. Seinen Jubeltag beging er geistig und geistlich von Vorgesetzten und Kollegen in voller Frische. Eine Reihe weiterer gleicher Jahre wünscht ihm das Landestheaterorchestr.

(5) Der Tischlerverein hält heute Mittwoch abend seine Hauptversammlung mit anschließender Musikunterhaltung im Saal der „Vier Jahreszeiten“ ab.

Der launehafte April treibt nach wie vor sein Unwesen, er ärgert die schonig gelegte Menschheit jeden Tag von neuem. Mit Regen, Hagel und Wind verjucht er ihr die Freude am Leben zu nehmen, dazwischen hinein kommt geradezu zur Verurteilung wieder Sonnenschein. Zur Abwechslung stellte sich gestern mittag ein Gemitter ein, das von heftigem Regen und sogar Hagelschauer begleitet war und an den Blüten bedeutendes Unheil anrichtete. Der Wühlhag verursachte an verschiedenen Stellen Schäden, so z. B. bei der elektrischen Leitung, wo eine Unterbrechung der Stromzufuhr und damit eine Stilllegung des Straßenbahnbetriebes auf kurze Zeit erfolgte. Außerdem schlug der Blitz in das Anwesen Turnersheim Nr. 28 im Stadtteil Grünwinkel, ohne zu zünden. Der entstandene Gebäudeschaden beträgt etwa 10 000 M. Weiterhin in ein Vorkreisamt in der Kreuzstraße, wodurch das Ramin teilweise einstrahlte. Durch das einstrahlende Mauerwerk wurden mehrere angrenzende Gebäude beschädigt. In diesem Falle dürfte sich der Schaden auf etwa 30 000 M belaufen. Menschen wurden an den beiden Einschlagstellen nicht verletzt, dagegen erlitt eine 19 Jahre alte Arbeiterin von hier auf der Kaiserstraße bei der Kammitze infolge des Blitzschlages einen Veranlassung. Sie wurde in ein benachbartes Haus verbracht, wo sie sich nach 10 Minuten wieder soweit erholt, daß sie ihren Weg allein fortsetzen konnte.

Die Hoffnung, daß das Gemitter reinigend wirken werde, endete sich das so notwendige gute Frühjahrswetter bringen werde, hat sich leider nicht erfüllt, denn heute morgen ist wieder das reinste Hundewetter.

(6) Selbstmordversuch. Ein aus einer Verdenheilanstalt entwichener Dienstmann aus Rott a. Inn verjuchte sich gestern abend auf der Kaiserstraße bei der Kronenstraße dadurch das Leben zu nehmen, daß er sich mit einem Taschenmesser mehrere tiefe Schnittwunden am rechten Handgelenk beibrachte. Nach Anlegung eines Verbandes auf der Polizeiwache wurde der Verunglückte in das Krankenhaus mit dem Polizeiarzt nach dem hiesigen Krankenhaus verbracht.

Valuta-Bericht vom 25. April

Die Valuta notierte heute in der Schweiz ca. 2 Cts. Zahlung Holland notierte etwa 05,75 M per holl. Guld. Zahlung England etwa 49,10 M per schw. Fr. Zahlung Frankreich etwa 115 M per fr. Sterk. Zahlung Preussische Reichsmark etwa 23,42 M per fr. Zahlung Neuchâtel etwa 252,50 per Doll.

Wassersand des Rheins

Schulterstein 240 Zim., gef. 2 Zim., Kopf 340, gef. 2, Maxau 578, gef. 4, Mannheim 637, gef. 15, Bodensee 841.

Ergebnisse der Kadation

A. S. in S. Ein diesbezügliches Verbot besteht nicht; es steht die Bonaem die hinsichtlich Handlung in das Gebiet des Westfälischen gestellt. Suchen Sie, sich auf gültigem Wege zu einigen.

Bis zu 4 Seiten **Vereinsanzeiger** 25 M und mehr **Wochen** 30 M — die Stelle **Wochen** 4 M — die Stelle **Wochen** 4 M (Gebrauchsanweisungen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft E. V. Weig. Wühlhag) Morgen Donnerstag, abend 9 Uhr, im Lokal zum „Hilf“ Vereinsversammlung mit anschließender Tagesordnung. 9491 Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Die Abteilungsleitung.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Chefleitung. Josef Feist von Gumbhart, Rottenmeister hier, mit Rosa Garler von Gumbhart. Geburten. Margarete Eugenie, E. Eugen Dorbach, Bonf. beamtet. Wilhelmine, F. Franziska Hintermeister, Magaziner. Marianne Katharina, E. Robert Amann, Stadtoberbaurat. Hildegard, W. Landolin Schindler, Hoffmeister. Willi Paul, E. War. Nide, Gasarweiser. Ingeborg, E. Albert Zimmermann, leger. Hedwig, E. Karl Wundt, Diener. Todesfälle. Johannes Haber, Maurer, Chemnitz, alt 56 J. Gottlieb Claus, Schuhmacher, Chemnitz, alt 61 J. August, alt 3 Monate, E. Josef, Tagelöhner. Eise Biermann, alt 34 J. Helfer, alt 10 J. Hermann Ebel, alt 44 J. Ehefrau von Hans Ebel, Schuhmachermeister, Josef Werner, Finanzobersekretär a. D., Chemnitz, alt 55 J. Frei Lodders, Buchhalter, Chemnitz, alt 35 J.

Verordnungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, 26. April, 11 Uhr: Frei Lodders, Buchhalter, Wühlhagstraße 45. — 12 Uhr: Eise Jini, Schuhmachermeister, Wühlhagstraße 45. — 13 Uhr: Frieda Bauer, Hofmaiter, Wühlhagstraße 49. — 14 Uhr: Frieda Bauer, Hofmaiter, Wühlhagstraße 49. — 15 Uhr: Josef Werner, Finanzobersekretär, Wühlhagstraße 19. — 16 Uhr: Marg. Wundt, Buchhalter, Wühlhagstraße 19. — 17 Uhr: Eise Biermann, Hofmaiter, Wühlhagstraße 49. — 18 Uhr: Eise Biermann, Hofmaiter, Wühlhagstraße 49. — 19 Uhr: Eise Biermann, Hofmaiter, Wühlhagstraße 49. — 20 Uhr: Eise Biermann, Hofmaiter, Wühlhagstraße 49.

Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz
von Alters her in jedem parlamen Hause, in dem man einen guten Kaffee hoch!
In Originalgläsern u. Silberpaketen. Zu haben in den Geschäften.
Arbeiter! Werbel für den Volksfreund.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Der Arbeitsmarkt hat sich trotz Kohlenmangels im allgemeinen weiterhin günstig entwickelt. Die Erwerbslosenziffer ist wiederum gesunken, am Ende der Berichtsmode befanden sich im ganzen noch 500 Kohlenverlosene in Unterbringung. Mit Verkürzung wird nur vereinzelt gearbeitet, entsprechend ist auch als Folge der vermehrten Aufnahmefähigkeit der Industrie eine weitere Abnahme der Volkswirtschaftler wahrzunehmen.

Angelehnt der kommenden regen Bautätigkeit macht sich ein außerordentlich hoher Bedarf an gelernten und auch ungelernten Arbeitkräften geltend.

Kleine badische Chronik

Schweinfurt, 24. April. In der Bahnhofsrede nach Friedhof sind in der Nacht zum Sonntag 12 Drähte zwischen zwei Telegrafenmasten gestrichen worden. Es handelt sich um ein Quantum von etwa 70 bis 80 Kupfer im Werte von rund 7000 M. Durch den Diebstahl ist eine erhebliche Störung des Fernverkehrs verursacht worden. Insbesondere sind auch zwei Drähte Verbindungen nach Genua dadurch unterbrochen worden.

Seibelberg, 24. April. Fund eines Mammuthabes. In der Kiesgrube beim neuen Gaswerk wurde ein Mammuthabes von etwa 1,80 Meter Länge gefunden. Dasselbe ähnlicher Art in der Seibelberger Gegend sind schon öfters gemacht worden; es wurde im vorigen Jahre bei Seibelberg aus dem Neodar aus Sicht gezogen.

Seibelberg, 25. April. Für die Auffindung von Fräulein Salomon-Galt ist eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt worden. Alle bisherigen Ermittlungen sind ergebnislos verlaufen. — Eine ledige Verkäuferin fingte sich gestern abend in selbsterlöschlicher Absicht aus dem Fenster eines hiesigen Gasthauses. Sie wurde tot aufgefunden.

Mannheim, 25. April. Vergangenen Freitag verhaftete die hiesige Polizei insgesamt 52 Personen, davon allein 10 anlässlich der Hotel- und Gasthauskontrolle.

Mannheim, 24. April. Ein 2 1/2 Jahre altes Kind fiel in einen Topf mit kochendem Wasser und verbrühte sich so schwer, daß es alsbald starb.

Mannheim, 25. April. Aus einer hiesigen Wohnung wurden 4 100 M. bares Geld, eine goldene Damenuhr mit Ketten gestohlen.

Lehr, 24. April. Hier wurde ein Mädchen verhaftet, das ein größeres Quantum Ware einwendet hatte. Bei der Durchsuchung des Zimmers der Verhafteten fand man für ungefähr 10 000 M. Röhre, die das Mädchen von einem Unbekannten erhalten haben will. — Beim Spielen erhielt ein elfjähriger Knabe aus Mitleid durch einen anderen mit einem Stein eine unbedeutende Verletzung im Gesicht. Es trat Wundstarrkrampf ein, welchem der Knabe trotz ärztlicher Hilfe nach wenigen Tagen erlag.

Burg bei Freiburg, 25. April. Auf einem benachbarten landwirtschaftlichen Gehöft erkrankte sich in der Nacht auf Freitag ein bedauerliches Unglück, das ein junges Mädchenleben zum Opfer fiel. Nur dem tatkraftigen, zielbewußten Eingreifen eines Högling ist es zu verdanken, daß nicht weitere Menschenleben vernichtet wurden. Mit dem landwirtschaftlichen Betrieb ist eine groß angelegte Geflügelzuchtanlage verbunden. In dem zweiten Stock des Geflügelhauses sind Zimmer für Schalen- und Dienboten eingerichtet, während im ersten Stock der Schapparat untergebracht ist, der mit Anthrazitöfen beständig in Feuerung gehalten wird. Nun hörte in der Nacht ein Högling im anstehenden Zimmer ein verdrähtes Nöckchen, dem bald darauf ein dummer Fall folgte. Er sah sofort nach und fand das Zimmer mit Kohlenkästen angefüllt vor und am Fenster zusammengekauften einen Mischhüter, der offenbar das Fenster öffnen wollte, wozu ihm aber die Kraft nicht mehr reichte. Sofort schleppte er den Schwächlichen an die Luft, die Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg. In der Annahme, daß noch mehr Personen in Gefahr sein könnten, eilte er wieder in die Wohnung zurück und riefte ein Dienstmädchen vom Erdgeschoss, während ein zweites im gleichen Zimmer liegendes Mädchen bereits tot war. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden.

Stodach, 25. April. Zwei sechsjährige Burshen spielten in Stodach mit einem Terzerol. Dabei entlud sich die Waffe, und die Kugel drang einem der Burshen in den Unterleib, so daß er mit schwerer Verletzung in das Eingener Krankenhaus überführt werden mußte.

Mittelhausen (Bez. Tauberbischofsheim), 24. April. Verhaftet. Dieser Tage wurde der 23jährige ledige Maurer Ant. Heuser von hier in Unterwittighausen, wo er an der Wasserleitung beschäftigt war, verhaftet und am Abend tot aus der Erde ausgegraben.

Gerolshausen, 25. April. Sonntag nachmittag trafen hier die beiden Rheinreusenbambuser „Gebr. Sage 9“ und „Maria Sage“ mit 4 großen Redarthschiffen ein. — Seit Samstag ist die Reitenstrecke wieder nach Heilbronn wieder aufgenommen.

Weinheim, 25. April. Die beiden Straßenräuber, die vor einigen Tagen auf der Dombacher Landstraße einen 17jährigen Schüler aus Heppenheim bis aufs Hemd ausgeraubt hatten, wurden von der Gendarmerei ermittelt und ins Amtsgefängnis in Heppenheim eingeliefert. Es sind zwei 22- und 23jährige Arbeiter aus Heppenheim bezw. Dampersheim. Die Schüsse des Schülers hatte einer von ihnen noch an. Die Mordwunden und die goldene Uhr hatten sie für 400 M. veräußert.

Die hiesige Heiratstatistik in Baden im Jahre 1920, die höchste Standesamt nicht lange angehalten; im Jahre 1921 ist sie bereits um 8000 kleiner als im Vorjahre. Erfreulich ist der wei-

tere Rückgang der Sterblichkeit einschließlich der Kinder unter 1 Jahr, obwohl der heiße Sommer des vorigen Jahres gerade das Leben der Säuglinge besonders gefährdet hat. Jugenommen hat die Geburtenzahl und damit auch der Geburtenüberschuss.

* **Verstärkte Fremdenkontrolle auf dem Lande.** Da in letzter Zeit die öffentliche Sicherheit auch auf dem Lande oft schwer beeinträchtigt wurde, hat das Ministerium des Innern erneut seine scharfe Kontrolle der ausreisenden Personen erneuert und die in den ländlichen Bezirken angeordnete Gendarmerei und Ortspolizei sind bereits mit den entsprechenden Anweisungen versehen.

Zur Nichtigstellung

In unserer Nr. 68 brachten wir eine Notiz „Der Reichspräsident in Berlin unbekannt“, die zum Inhalt hat, daß ein Brief mit der Aufschrift „An Herrn Reichspräsidenten Ebert in Berlin“ wegen ungenügender Wohnungsangabe von der Post nicht befreit wurde, hat sich bei der Nachprüfung ergeben, daß der Brief dem Büro des Reichspräsidenten ordnungsgemäß vorgelegt worden ist. Die Annahme des Briefes ist aber, weil er wegen unzureichender Freimachung mit zwei Mark Nachgebühr belegt war, abgelehnt worden. Da der Absender auf der Rückseite des Briefumschlages seinen Namen als Absender nicht angegeben hatte, ist der Brief ordnungsgemäß dem nächsten Ausfühler für unbestimmte Postsendungen bei der Oberpostdirektion Berlin zur Ermittlung des Absenders zugeführt worden. Vorher war der Brief mit einem Zettel folgenden Wortlauts belegt worden: „Ohne Wohnungsangabe oder sonstige nähere Bezeichnung ist der richtige Empfänger in Berlin nicht zu ermitteln. In diesem Wortlaut waren aber die Worte „Empfänger in Berlin“ handschriftlich durch das Wort „Abs.“ (soll heißen Absender) ersetzt worden. Dies ist bei Abfertigung des Briefumschlages nicht bemerkt und daher der Vermerk irrtümlicherweise auf den Empfänger statt auf den unbekannt gebliebenen Absender gesetzt worden, da das Wort Abs. nicht durchgeschrieben wurde. Damit entfallen die in dem Briefumschlages an das Postamt gemachten Bemerkungen und Angriffe gegen die Postverwaltung.

Kleine Nachrichten

Frankfurt a. M. Wie jetzt bekannt wird, haben internationale Festschiffe auf der letzten Frankfurter Messe reiche Beute gemacht. Außer vielen anderen erbeuteten die Gauner nicht weniger als 50 goldene Uhren im Gesamtwerte von 500 000 M. Es handelt sich um eine ganze Bande, von der drei Mitglieder festgenommen werden konnten. Bei ihnen fand man eine erhebliche Anzahl der gestohlenen Uhren.

Berlin. Reichspräsident Ebert hat nach der „Vollständigen Zeitung“ seinen Sitz im preussischen Staatsrat wegen Arbeitsüberbürdung aufgegeben. An seine Stelle tritt Landrat Seibold (Soz.).

Breslau. Gestern wurde in Gleschitz der Elektrotechniker Poliska unter dem Verdachte verhaftet, den Polenführer Siewycki erschossen zu haben. Der Verhaftete leugnet die Tat.

Letzte Nachrichten

Eine Erklärung des Reichskanzlers über den deutsch-russischen Vertrag

Genoa, 25. April. Vor den in Genoa anwesenden deutschen Journalisten führte Reichskanzler Dr. Brüning folgendes aus: Wir liegt daran, eine feierliche Erklärung in Ihrer Mitte abzugeben. In französischen Zeitungen wird die Frage gestellt, ob der Vertrag von Rapallo vollständig veröffentlicht ist, ob er geheime Bestimmungen enthält, oder ob er politischen oder militärischen Zwecken als Vorwand dient. Meine Erklärung lautet: Der Vertrag ist vollständig veröffentlicht worden und enthält keinerlei geheime Bestimmungen politischen oder militärischen Charakters. Dazu füge ich hinzu: Er ist nach unserer Auffassung als Friedensinstrument zu würdigen, und er ist auch der erste wahrhafte Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in hitzigem Ringen gestanden haben. Er macht mit der Vergangenheit in gewissem Sinne „tabula rasa“. Worauf es für uns ankommt, das ist, mit dem russischen Volke zu einem wirklichen Frieden zu kommen und der Handelsverkehr zu erwidern, nach Osten freie Bahn zu erhalten. Wer uns nachfolgt auf diesem Wege, ist bei uns willkommen, und wir würden es sehr begrüßen, wenn in Genoa die Weltmächte mit Rußland zu einem Abgleich kommen, der ebenso wie der Vertrag von Rapallo friedlichen Entwicklungen die Wege ebnet.

Eine englische Mahnung an die aufgeregten und aufgehetzten Franzosen

Genoa, 25. April. Der politische Sekretär Lloyd Georges, Sir Edward Grigg, gab englischen und amerikanischen Pressevertretern gegenüber eine Erklärung ab, in der er über die Rede Poincarés sagte: Alles, was Poincaré über die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Alliierten gesagt hat, findet unsere herzlichste Zustimmung. Der einzige Kommentar, der für den Augenblick gemacht werden muß, ist der, daß die Rede ohne vorherige Beratung mit den Alliierten gehalten wurde.

Die Worte des französischen Ministerpräsidenten, daß Frankreich eine Aktion innerhalb Deutschlands unternehmen

würde, ob die Alliierten sich beteiligen oder nicht, sind in keiner Weise geeignet, die Zusammenarbeit zu sichern.

Die französische öffentliche Meinung ist besorgt und aufgeregt über das russisch-deutsche Abkommen und ist überzeugt, daß das russisch-deutsche Abkommen in der einen oder anderen Weise ein Ergebnis der Genuefer Konferenz ist. Dieser Gedanke ist in Frankreich durch falsche Darstellungen in der britischen und französischen Presse genährt worden. Grigg fügte hinzu: Wir hegen keine Beforgnis vor einer deutschen oder russischen Drohung in Europa.

Wenn Deutschland und Rußland isoliert sind, muß allerdings zwischen ihnen eine enge Freundschaft bestehen. Die britische Regierung ist entschlossen, die beiden Länder davon zu bewahren, auf die Schlachtbank geführt zu werden. Wir wollen eine offene und menschliche Politik gegenüber Rußland. Allerdings, sagte Grigg, sei die Haltung der Russen einer Regelung schwierig. Man könne sich schließlich nicht auf ein unendliches Schachern nach orientalischer Manier einlassen.

Wenn Deutschland und Rußland isoliert sind, muß allerdings zwischen ihnen eine enge Freundschaft bestehen.

Rußland gegen die Abänderung des deutsch-russischen Vertrages

Der Genuefer Korrespondent des „Berl. Tageblattes“ hatte mit Tschischewina eine Unterredung, in deren Verlauf der russische Außenkommissar betonte, mit wie lebhafter Genugung der Vertrag mit Deutschland begrüßt worden sei. Im Hinblick auf den Versuch, einen Widerruf Deutschlands herbeizuführen, sagte Tschischewina, Rußland würde es als einen gegen seine Selbstständigkeit und Souveränität gerichteten Angriff betrachten, wenn von gewissen Mächten versucht werde, einen Vertrag zu annullieren oder zu verändern, den Rußland mit einem Dritten abgeschlossen habe. Jeder Abänderung des Vertrages würde Rußland durchaus abweisend gegenüber stehen.

Eine sozialistisch-radikale Sezrede

Der französische Kolonialminister Sarrau, der als Abgeordneter der sozialistisch-radikalen Partei angehört und Vorsitzender des Generalrates des Departements Nieme ist, erklärte bei Eröffnung des Generalrates in n. a. Frankreich keine Zustimmung, daß der Vertrag auf die herabgesetzten Ansprüche, die ihm aus dem feierlich beschlossenen Friedensvertrag zustünde, oder daß die Abtretung dieser Ansprüche neue Opfer denen hinzufüge, mit denen es seinen Krieg bereits bezahlt habe. Frankreich, das herausgefordert und überfallen wurde, könne kein Gesicht auf sich nehmen, das schlimmer als das der Besiegten sei. . . .

Diese Notiz bringt das „Karl. Tagblatt“ in seiner heutigen Ausgabe ebenfalls und zwar unter der maßvollen Ueberschrift: „Militärische Sozialdemokratie.“ Wir haben den Major-Chefbedienten dieses Wortes schon einmal darauf hingewiesen, daß die Sozialistisch-Radikalen in Frankreich keineswegs mit dem Namen „Sozialdemokratie“ in diesem Sinne anzusprechen sind. Sie sind bürgerliche Demokraten, eine Richtung, die das „Karl. Tagblatt“ unter seinen bisherigen Richtungen ebenfalls schon vertrat bezw. zu vertreten vorgab. Es könnte wirklich nicht schaden, wenn der Herr Major das noch hingelernten wollten.

Um die Feier des 1. Mai

Nach einer Meldung aus Wien a. r. beschloß der bürgerliche Landtag nach heftigen Redekämpfen mit den Stimmen der drei sozialistischen Parteien gegen die Stimmen der bürgerlichen, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Nach einer Meldung hat das Hessische Landesamt für das Bildungswesen eine Bekanntmachung erlassen, wonach der Schulunterricht am 1. Mai in Hessen ausfällt.

Schwierige Finanzlage in Bayern

München, 25. April. Bei der gestrigen Beratung des Haushaltsausschusses beauftragte der Referent die schwierige Finanzlage des Staates. Der Haushaltsentwurf ist um 1 Milliarde 397 Millionen Mark gestiegen und weist einen Fehlbetrag von 183 Millionen Mark auf. Zu dem gewaltigen Anstieg hat in der Hauptsache die riesige Steigerung der Ausgaben für Wohltätigkeit, soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege mit 136 Millionen Mark beigetragen.

Schriftleitung Georg Schödlin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Rederei und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Geleke; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Gedenket der Sammlung „Altershilfe“.

Ependen für den Erbschaftssteuer-Karlsruhe, auch die Kleinsten nehmen alle Banken, sowie die Kassenverwaltung der Geschäftsstelle (Gartenstraße 49, Postfachkonto Nr. 4877) dankend an. 3290

Pfannkuch & Co.
Eingetroffen
Corned beef
ca. 6 Pfd. Dose
Nr. 165.-
im Aufschnitt
1/2 Pfd.
Nr. 8.-
Pfannkuch & Co.

Todes-Anzeige.
Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser guter Liebling
Trudel
im Alter von 6 Jahren nach langer Krankheit plötzlich durch einen Herzschlag entschlafen ist.
Die trauernden Eltern:
Albert Herbstlioth u. Frau
Bertha geb. Buck.
Beerdigung: Donnerstag vormittag 11 Uhr.

Trauerhüte
in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Schlafzimmer-Bilder
preiswert, Bilder für alle Räume, Rahmen.
Kaiserstr. 38.
Tägl. 200 M. zu verdienen bis 100 M. im Proport (mit Garantie).
Joh. D. Schütz, Adressenverlag, Adl. 600. [1922]

Raucher dank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung beweisend. Auskünfte umsonst. Berl. Kant. Art. Gg. Engldrecht, Wilmshagen, R. 138, Kapuzinerstr. 9

Verkauf von Alt- u. Neu-Möbel
Verkauf ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch, Dreherstr. 3

Hüte, Mützen
Schirme
Stöcke
Kaiserstr. 61
gegenüber der Hochschule
Th. Zenker
Kaiserstr. 61
gegenüber der Hochschule
Mützenmacherei
Hutmacherei

Firma Karl Walz Durlach
Hauptstraße am Marktplatz
empfiehlt für
Gewerbe- u. Handelsschule
sämtliche [1922]
Zeichnen- und Schreibmaterialien nach Vorschriften
Reißzeuge :: Reißbretter :: Reißschiene :: Winkel :: Maßstäbe usw.

Emser Quellsalz
zum Gurgeln bei Katarrhen
Fehlmechaniker sucht für freie Zeit Beschäftig. Rech. od. Rechner. Offert. unt. Nr. 3487 an das Volksfreundbüro.

Schulranzen Musikmappen Aktenmappen Berufstaschen
Beste Lederqualitäten!
Kofferhaus
Geschw. Lämle
51 Kronenstr. 51

